

2024/II/Innen/4 Jusos Hamburg

Rassistisch motivierte, menschenunwürdige Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien sofort stoppen

Beschluss:

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag und die SPD Bundestagsfraktion beschließen: Terroranschläge einzelner Islamisten wie jüngst in Solingen (im August 2024) dürfen nicht dazu führen, dass Schutzsuchende aus dem arabischen Raum unter Generalverdacht gestellt und ihren Grundrechten auf ein menschenwürdiges Leben und Asyl beraubt werden. Wir bekennen uns klar zu Artikel 1, Absatz 1 unseres Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Ebenso bekennen wir uns zum Grundrecht auf Asyl (Art. 16a GG), zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Auf dieser Grundlage fordern wir einen sofortigen Abschiebungsstopp nach Afghanistan und Syrien. In beiden Ländern kann nicht gewährleistet werden, dass keine erhebliche, konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht.

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion